VOLKER RÖBEN

Außenverfassungsrecht

Jus Publicum
160

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 160

Volker Röben

Außenverfassungsrecht

Eine Untersuchung zur auswärtigen Gewalt des offenen Staates

Mohr Siebeck

Volker Röben, geboren 1965; Studium der Rechtswissenschaft in Kiel, Genf und Surrey; Erstes Juristisches Staatsexamen 1992; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht Universität Kiel 1992; LLM Europa-Kolleg Brügge 1993; LLM University of California at Berkeley 1994, Zweites Juristisches Staatsexamen 1996; Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1996; Promotion 1998; Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht 2000; Habilitation 2006; Berufung auf einen Lehrstuhl für Internationales Recht der Universität Swansea, Großbritannien 2006.

e-ISBN PDF 978-3-16-151241-4
ISBN 978-3-16-149357-1
ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über *http://dnb.d-nb.de* abrufbar.

© 2007 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Petra

Vorwort

Das Verfassungsrecht muß sich ständig fragen, ob seine allgemeinen Prämissen neu zu interpretieren oder zu justieren sind, um dem Wandel der Verhältnisse gerecht zu werden.

Globalisierung und Europäisierung erzeugen Anpassungsdruck für die Rechtsordnung. Viele Institute des Verfassungsrechts und des einfachen Rechts müssen neu vermessen werden. Grundsätzlich ist zu fragen, wie sich der offene Staat zu überstaatlicher Rechtsetzung stellt. Die Antwort sieht diese Untersuchung darin, daß sich das Verfassungsrecht nach außen wendet, also rechtsstaatliche Demokratie, Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz auf das auswärtige Handeln erstreckt. Auswärtiges Handeln tritt so neben das nach innen gerichtete, und das überstaatliche Recht erscheint nicht als fremd, sondern als verfassungsverantwortet zu rezipierendes und zu gestaltendes Recht. Dies zu zeigen, ist Ziel der Untersuchung.

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2006 von der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen und befindet sich im wesentlichen auf diesem Stand. Meinem verehrter Lehrer, Professor Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum, danke ich für inspirierende Unterstützung. Die Untersuchung reflektiert auch die intensive Zusammenarbeit mit Bundesverfassungsrichter Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, für die ich dankbar bin. Wichtige Anregungen verdanke ich ferner dem konzentrierten Zweitvotum von Professor Dr. Dr. h.c. Paul Kirchhof. Meiner Frau gebührt Dank für Diskussionen gerade in der konzeptionellen Phase der Untersuchung.

Heidelberg, im Mai 2007 Volker Röben

Inhaltsübersicht

Einleitung 1

1. Teil: Auswärtige Rechtsetzung im Völkerrecht 7

1. Kapitel: Rechtsetzung durch Kooperation der Staaten 8
2. Kapitel: Die Staaten als Hauptakteure des modernen Völkerrechts . . . 33
3. Kapitel: Legitimität des Völkerrechts 39
4. Zwischenergebnis 47

2. Teil: Auswärtige Rechtsetzung im Verfassungsrecht 49

1. Kapitel: Die Rechtslage unter der Weimarer Reichsverfassung 50
2. Kapitel: Die Rezeption völkerrechtlicher Rechtsetzung nach dem Grundgesetz 54
3. Kapitel: Innerstaatliche Entscheidungsverfahren 73
4. Kapitel: Vollzug 126
5. Zwischenergebnis 182

3. Teil: Kollisionen: Die Vermeidung und Lösung von Konflikten zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht 183

1. Kapitel: Das staatengemeinschaftsgebundene Souveränitätsverständnis des Grundgesetzes. 184
2. Kapitel: Die auswärtigen Staatszwecke 192
3. Kapitel: Instrumente der Konfliktlösung: Harmonisierende Interpretation von Völkerrecht und nationalem Recht und das Verfassungsprozeßrecht 201
4. Zwischenergebnis 217

4. Teil: Die Gestaltung der äußeren Sicherheit: Gesetzesvorbehalt und Gesetzesvorrang in kollektiven Sicherheitssystemen 219

1. Kapitel: Das Völkerrecht der kollektiven Sicherheit 220
2. Kapitel: Das Verfassungsmodell kollektiver Sicherheit 239
3. Kapitel: Die verfassungsrechtliche Bewältigung der Fortentwicklung kollektiver Sicherheitssysteme 256

4. Kapitel: Der Einsatz der Streitkräfte als Vollzug eines kollektiven Sicherheitssystems 281
5. Zwischenergebnis 310

5. Teil: Die Adaption der innerstaatlichen Entscheidungsverfahren am Beispiel der Einordnung des Bundes in die Europäischen Union . 311
1. Kapitel: Die Europäische Union nach geltendem Vertragsrecht und nach dem Verfassungsvertrag 312
2. Kapitel: Die Europäische Union nach dem Modell des Grundgesetzes . 320
3. Kapitel: Die innerstaatlichen Entscheidungsverfahren zum europäischen Primär- und Sekundärrecht 340
4. Zwischenergebnis 375

6. Teil: Grundrechtsschutz: Konsistente Rechtsetzung und konsistenter Vollzug internationaler, supranationaler und nationaler Grundrechtsordnungen 377
1. Kapitel: Die auswärtige Bindung an die Grundrechte des Grundgesetzes 378
2. Kapitel: Die Ergänzung des Grundgesetzes durch die Europäische Menschenrechtskonvention 426
3. Kapitel: Grundrechtsschutz in Integrationssystemen 451
4. Zwischenergebnis 493

7. Teil: Das Außenverfassungsrecht des offenen Staates 499

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1
I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt 1
II. Außenverfassungsrecht als Leitproblem 3
III. Gang der Untersuchung 5

1. Teil: Auswärtige Rechtsetzung im Völkerrecht 7

1. Kapitel: Rechtsetzung durch Kooperation der Staaten 8

I. Koordination und Kooperation 8
II. Der völkerrechtliche Vertrag als Kooperationsform 9
III. Internationalisierung 14
1. Internationale Organisationen 15
2. Neue Modelle institutionalisierter Kooperation: die nichtvertragliche Rechtsetzung 17
a) Formen nichtvertraglicher Rechtsetzung 17
b) Funktionen nichtvertraglicher Rechtsetzung 19
c) Würdigung 21
3. Politische Leitung 21
4. Internationale Rechtsprechung 23
5. Regionalisierung 25
IV. Die inhaltliche Ordnung 26
1. Ausdifferenzierte Einzelordnungen 26
2. Internationale Menschenrechte 28
3. Kohärenz 31

2. Kapitel: Die Staaten als Hauptakteure des modernen Völkerrechts . 33

I. Aufgaben und Kompetenzen der Staaten 33
II. Völkerrechtliche Standards für die staatliche Ordnung 34
III. Deutung des Staates in der Weltgesellschaft 36

3. Kapitel: Legitimität des Völkerrechts 39

I. Die Konstitutionalisierungsthese 39

II. Die Staatengemeinschaft 41
1. Legitimation durch Konsens 41
2. Wertegemeinschaft der Staaten 43

III. Konkurrierende Ansätze: Asymmetrische interne Legitimation der Staaten 45

4. Zwischenergebnis 46

2. Teil: Auswärtige Rechtsetzung im Verfassungsrecht 49

1. Kapitel: Die Rechtslage unter der Weimarer Reichsverfassung 50

2. Kapitel: Die Rezeption völkerrechtlicher Rechtsetzung nach dem Grundgesetz 54

I. Die Kooperation des Bundes mit anderen Staaten 54

II. Formen der Rechtsetzung des Bundes mit anderen Staaten 58

III. Modelle für die Einordnung des Bundes in internationale Organisationen 60
1. Integrationssysteme 60
2. Einfache internationale Organisationen 65

IV. Die innerstaatliche Geltung des Völkerrechts 65
1. Nationales Recht und Völkerrecht: Dualismus, Monismus und Mischsysteme 66
2. Differenzierte innerstaatliche Geltung von Völkervertragsrecht und Völkergewohnheitsrecht 66
a) Verträge und nichtvertragliche Rechtsetzung 67
b) Allgemeines Völkerrecht 69
c) Die Rezeption als Verfassungsrecht 71
3. Ius cogens als eigenständige Normkategorie? 71

V. Zusammenfassung 72

3. Kapitel: Innerstaatliche Entscheidungsverfahren 73

I. Theoretisierung des internationalen Aufgabenaufgriffs 73

II. Die Verantwortung der Verfassungsorgane des Bundes für auswärtige Rechtsetzung 74
1. Die klassische Exzeptionalitätsthese 74
2. Die gemeinsame Verantwortung von Parlament und Regierung: Die Anwendbarkeit von Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 GG 76

III. Die Organisation der Bundesverfassungsorgane 82
1. Bundestag und Bundesrat 82
a) Funktion, Organisation und Handlungsformen des Parlaments im auswärtigen Bereich 82
b) Die parlamentarische Opposition 83
c) Der Bundesrat 84
d) Fortsetzung in den internationalen Raum 85
2. Bundesregierung 86
a) Die monokratische Regierungsspitze 86
b) Ressort- und Kollegialprinzip 88
c) Funktionen 91
IV. Die Zuweisung der staatlichen Funktionen 91
1. Staatsleitung 91
2. Vertragsgesetzgebung 92
a) Die Funktionen des Vertragsgesetzes 92
b) Vertragsrechtsetzung als Gesetzgebung 93
c) Teilhabe der Regierung an der Vertragsgesetzgebung 94
d) Gesetzes- und Vertragsvorbehalt 95
e) Verfahren 99
aa) Außenwahrnehmungskompetenz 99
bb) Parlamentarische Beteiligung an Vertragsverhandlungen . . . 99
cc) Die Behandlung des Vertragsgesetzes im Parlament 101
dd) Beteiligung des Bundesrats 102
ee) Beteiligung der Länder 103
f) Verfassungsänderung durch Vertragsgesetz? 104
g) Zusammenfassung 105
3. Auswärtige Gesetzgebung ohne Vertrag 105
a) Einseitige Gesetzgebung 105
b) Durchführungsgesetzgebung 106
c) Das Budgetrecht 107
4. Untergesetzliche (autonome) Regierungsrechtsetzung 107
a) Regierungs- oder Verwaltungsabkommen 108
b) Informale Vertragsfortentwicklung 109
c) Internationale Sekundärrechtsetzung 110
d) Durchführungsverordnungen 110
e) Gubernativfunktion, Delegation und Ermächtigung 110
d) Völkergewohnheitsrecht als Sonderproblem 113
5. Vertragsanwendung im Einzelfall 113
a) Einzelakte 113
b) Insbesondere: die Lösung vom Vertrag 115
V. Die allgemeine parlamentarische Kontrolle der Regierung 116
1. Gegenstände und Instrumente parlamentarischer Kontrolle 117
2. Berücksichtigungspflichten und Begründungslasten der Regierung . 122

3. Resümee 122
VI. Die politischen Parteien im auswärtigen Bereich 123
VII. Zusammenfassung 125

4. Kapitel: Vollzug 126

I. Vollzugspflicht 126
1. Die allgemeine verfassungsrechtliche Vollzugspflicht 126
2. Der Vollzug der allgemeinen Regeln am Beispiel von nationalsozialistischem Unrecht, Zweitem Weltkrieg und Wiedervereinigung 129
a) Wiedergutmachung für die Opfer von nationalsozialistischer Verfolgung und Zwangsarbeit 131
b) Entschädigung von Opfern von Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit 133
c) Entschädigung der Opfer von Besatzung und Gebietswechsel . . 136
d) Fazit 138
II. Bindung des Gesetzgebers an das Völkervertragsrecht 139
III. Verwaltungsvollzug – Kompetenzverteilung im Bundesstaat 140
1. Bundesvollzug 140
2. Landesvollzug 144
IV. Rechtsschutz 145
1. Rechtsprechung als auswärtige Gewalt 145
2. Der auswärtige fachgerichtliche Rechtsschutz und seine Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht 147
a) Die Struktur des auswärtigen Rechtsschutzes 147
aa) Rechtsweg- und Justizgewähr 147
bb) Entscheidungskompetenzen der Fachgerichte 148
cc) Kooperation mit ausländischen Fachgerichten 151
b) Kohärenz des Völkerrechts in der gerichtlichen Rechtsanwendung 153
c) Die bundesverfassungsgerichtliche Kontrolle der Fachgerichte . . 153
aa) Die Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde 154
bb) Einzelne Grundrechte 155
cc) Die Willkürrechtsprechung (Art. 3 Abs. 1 GG) 157
dd) Die vollinhaltliche Nachprüfung 157
3. Die Zuständigkeit internationaler Gerichte 159
a) Begriff der internationalen Gerichtsbarkeit i.S.d. Art. 24 Abs. 3 GG 160
b) Der Internationale Gerichtshof 161
aa) Zuständigkeit 161
bb) Völkerrechtliche Wirkungen seiner Entscheidungen 162
cc) Innerstaatliche Wirkungen der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs 163
c) Internationale Streitbeilegung als Institution des Grundgesetzes 164

aa) Der Internationale Seegerichtshof 165
bb) Das Streitbeilegungssystem der WTO. 166
cc) Die internationalen Strafgerichtshöfe 166
dd) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. 169
ee) Die Vervielfältigung internationaler Gerichtsbarkeit 172
d) Gesetzesvorbehalt 172
4. Rechtsschutz durch nationale und internationale Gerichtsbarkeiten. 172
a) Konkurrierende Zuständigkeiten deutscher Fachgerichte und internationaler Gerichte 172
b) Innerstaatliche Umsetzung internationaler Rechtsprechung – Pflicht der Fachgerichte zur Rezeption internationaler Judikatur. 175
aa) Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtsbarkeit . . . 175
bb) Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs 178
c) Kooperation zwischen Bundesverfassungsgericht und internationaler Gerichtsbarkeit. 179
aa) Durchsetzung der Zuständigkeit der internationalen Gerichte 179
bb) Inhaltliche Kooperation zwischen Bundesverfassungsgericht und internationaler Gerichtsbarkeit 180

5. Zwischenergebnis. 182

3. Teil: Kollisionen: Die Vermeidung und Lösung von Konflikten zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht 183

1. Kapitel: Das staatengemeinschaftsgebundene Souveränitätsverständnis des Grundgesetzes 184

I. Souveränität als zentraler Begriff des Verfassungsrechts und des Völkerrechts 184
II. Verantwortung gegenüber der Staatengemeinschaft 185
III. Selbstbestimmung des deutschen Volkes als Legitimationsgrundlage . 189
IV. Folgerungen. 191

2. Kapitel: Die auswärtigen Staatszwecke 192

I. Die materiellen auswärtigen Staatsziele 192
1. Deutsche Einheit und europäische Integration 192
2. Sicherheit, Friedensstaatlichkeit und Wohlfahrt 195
3. Das Bekenntnis zu Menschenrechten (Art. 1 Abs. 2 GG) 197
4. Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit 198
II. Die Erfüllung staatlicher Aufgaben durch Einfügung in die internationale Ordnung 199

3. Kapitel: Instrumente der Konfliktlösung: Harmonisierende Interpretation von Völkerrecht und nationalem Recht und das Verfassungsprozeßrecht 201

I. Bundesverfassungsgericht als Verfassungsorgan 201

II. Verfassungsgerichtliche auswärtige Entscheidungsprinzipien 201
1. Kognitive und normative Spielräume des Gesetzgebers bei der auswärtigen Rechtsetzung 202
2. Das Entscheidungsprinzip des Näher-an-der-Verfassung: Die zeitliche Dimension des Verhältnisses von Verfassungsrecht und Völkerrecht 205
3. Die Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes als Maxime harmonisierender Auslegung von Verfassungsrecht, einfachem Recht und Völkerrecht 207
4. Würdigung der Entscheidungsprinzipien als allgemeine Grundsätze des Verfassungsrechts 208

III. Auswärtiges Verfassungsprozeßrecht: Zwischen effektivem Rechtsschutz und Konfliktmanagement 209
1. Verfahrensarten für die Kontrolle des Gesetzgebers im Auswärtigen 209
a) Organstreit 210
b) Objektive Verfahrensarten 210
c) Verfassungsbeschwerde 211
2. Zeitiger Rechtsschutz 212
3. Rechtsfolgenaussprüche 213

4. Zwischenergebnis 217

4. Teil: Die Gestaltung der äußeren Sicherheit: Gesetzesvorbehalt und Gesetzesvorrang in kollektiven Sicherheitssystemen 219

1. Kapitel: Das Völkerrecht der kollektiven Sicherheit 220

I. Das kollektive Sicherheitssystem der Vereinten Nationen und seine Fortentwicklung 220

II. Neue Funktionen des UN-Sicherheitsrats 233
1. Rechtsetzung durch den UN-Sicherheitsrat 233
2. Exekutive Maßnahmen des Sicherheitsrats 237

III. Zusammenfassung 238

2. Kapitel: Das Verfassungsmodell kollektiver Sicherheit 239

I. Der verfassungsrechtliche Begriff des kollektiven Sicherheitssystems . 239

II. Die Vereinten Nationen als Integrationssystem i.S.d. Art. 24 Abs. 2 GG 241
1. Hoheitsrechtsbeschränkung zugunsten der UN 242
2. Funktionsstruktur der Organisation 243
a) Die externe Steuerung der UN 243
b) Der UN-Sicherheitsrat 243
3. Die innerstaatliche Willensbildung 246

III. Andere Organisationen 247
1. Die NATO als kollektives Sicherheitssystem 248
2. Die EU als kollektives Sicherheitssystem 250
3. Ad hoc Koalitionen?. 251
4. Verfassungsvorgaben für das Verhältnis der kollektiven Sicherheitssysteme untereinander 252

3. Kapitel: Die verfassungsrechtliche Bewältigung der Fortentwicklung kollektiver Sicherheitssysteme 256

I. Die kollektiven Sicherheitssysteme unter Vertragsvorbehalt. 256

II. Die informale Fortentwicklung der Verträge über kollektive Sicherheitssysteme 258
1. Informale Vertragsfortentwicklung als gemeinsame Verantwortung von Bundesregierung und Bundestag 258
2. Parlamentsvorbehalt? 260
3. Gesetzesvorrang 261
a) Ermächtigung der Regierung zur Rechtsfortbildung durch Gesetz 262
b) Kernelemente des Vertrags 266
c) Die ultra vires-Doktrin im Verfassungsrecht 266
4. Verfassungsvorrang 266
a) Zwecksicherung 267
b) Finalität der Mittelerweiterung: Die *Raketenentscheidung* des Bundesverfassungsgerichts 268
c) Finalität der Aufgabenerweiterung: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum *NATO-Strategiekonzept von 1999* . . . 268
5. Kontrolle und Begleitung exekutiver Vertragsfortentwicklung durch das Parlament 269
6. Gerichtsförmige Kontrolle des Regierungshandelns 271
a) Organstreit 271
b) Normenkontrolle. 278
7. Gesetzliche Reaktion auf eine informale Vertragsfortenwicklung . . 279

III. Zusammenfassung 280

4. Kapitel: Der Einsatz der Streitkräfte als Vollzug eines kollektiven Sicherheitssystems 281

I. Die Entscheidungs- und Vollzugskompetenzen der Regierung 281

II. Mitentscheidung des Parlaments über den Einsatz der Streitkräfte . . . 282

1. Der konstitutive Parlamentsvorbehalt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 282

2. Begründung des Parlamentsvorbehalts aus dem Text des Grundgesetzes 287

a) Der konstitutive Parlamentsvorbehalt als Institut der Wehrverfassung 288

b) Parlamentsvorbehalt nach Art. 115a Abs. 1 GG in erweiterter Auslegung? 289

c) Einordnung des Parlamentsvorbehalts in Art. 24 Abs. 2 GG. . . . 290

3. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz als Verfassungskonkretisierung . 291

a) Die Verfassungsvorgaben für die gesetzliche Verfassungskonkretisierung. 291

aa) Regelungsfähige und -bedürftige Gegenstände 292

bb) Begriff des Einsatzes 293

b) Das neue Parlamentsbeteiligungsgesetz 297

aa) Einsatzbegriff und vereinfachtes Zustimmungsverfahren für Einsätze geringerer Bedeutung. 298

bb) Militärische Integration 299

cc) Besonderes Entscheidungsgremium? 302

4. Weitere Beteiligungsrechte des Bundestags 306

III. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle des Einsatzes der Streitkräfte . . 306

5. Zwischenergebnis 310

5. Teil: Die Adaption der innerstaatlichen Entscheidungsverfahren am Beispiel der Einordnung des Bundes in die Europäischen Union 311

1. Kapitel: Die Europäische Union nach geltendem Vertragsrecht und nach dem Verfassungsvertrag 312

I. Die Europäische Union nach geltendem Vertragsrecht 312

II. Die Europäische Union nach dem Verfassungsvertrag 315

2. Kapitel: Die Europäische Union nach dem Modell des Grundgesetzes 320

I. Verfassungsrechtliche Gestaltung der europäischen Integration durch Art. 23 GG. 320

II. Die Funktionsstruktur der Union 323
1. Steuerung 323
a) Gestaltung der vertraglichen Grundlagen der Union 323
b) Politische Leitung der Union 325
2. Implementierung 325
3. Durchführung 328
III. Die demokratische Legitimation supranationaler Entscheidungen . . 331
IV. Rechtsstaatlichkeit 332
1. Die grundgesetzlichen Kernforderungen 332
2. Die europäische supranationale Rechtsetzung 333
3. Die Bindung des deutschen Gesetzgebers an den Kern des Unionsrechts 333
V. Der Eigenkompetenzbereich der Bundesrepublik Deutschland und die Integrität ihrer Verfassungsordnung: Parlamentarische Demokratie und Bundesstaatlichkeit 336
VI. Fazit 338

3. Kapitel: Die innerstaatlichen Entscheidungsverfahren zum europäischen Primär- und Sekundärrecht 340

I. Primärrechtsetzung 340
1. Verfahren der Vertragsausarbeitung 341
2. Gesetzes- und Vertragsvorbehalt 345
3. Vereinfachte Vertragsänderung 348
a) Beispiele 348
b) Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat 349
4. Die aufschiebend bedingte Vertragsänderung 349
a) Die Währungsunion 349
b) Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat 350
5. Zusammenfassung 351
II. Sekundärrechtsetzung 351
1. Sekundärrechtsetzung: Formen und Qualifizierung 351
2. Mitwirkung des Bundestags nach Art. 23 Abs. 2, 3 GG 352
a) Das gestufte Mitwirkungsrecht des Bundestags 352
b) Spezialisierung und Delegation: Der Europaausschuß des Bundestags 353
3. Mitwirkung des Bundesrats nach Art. 23 Abs. 2, 4ff. GG 356
a) Die gestuften Mitwirkungsrechte des Bundesrats 357
b) Verfahren 359
c) Die Vertretung des Bundes 361
4. Die gerichtliche Durchsetzung der innerstaatlichen Mitwirkungsrechte 363

5. Der Verfassungsvertrag und die Adaption des innerstaatlichen Entscheidungsverfahrens 363
a) Das Gesetz zur Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Bundestags und des Bundesrats in Angelegenheiten der Europäischen Union 364
b) Die interfraktionelle Entschließung des Bundestags 365
c) Die interinstitutionelle Vereinbarung des Bundestags und der Bundesregierung vom September 2006 368
6. Würdigung 370
III. Instrumente direkter Demokratie 370
IV. Verfassungswandel durch Verfassungsrechtsprechung und Verfassungsänderung 372

4. Zwischenergebnis 375

6. Teil: Grundrechtsschutz: Konsistente Rechtsetzung und konsistenter Vollzug internationaler, supranationaler und nationaler Grundrechtsordnungen 377

1. Kapitel: Die auswärtige Bindung an die Grundrechte des Grundgesetzes 378

I. Die Menschenwürde als Kern des Grundgesetzes 378
1. Die Menschenwürde und ihr Schutz durch die gesamte Staatsgewalt (Art. 1 Abs. 1 GG) 379
2. Die universellen Menschenrechte (Art. 1 Abs. 2 GG) 381
3. Die Grundrechte als alle Staatsgewalt unmittelbar bindendes Recht (Art. 1 Abs. 3 GG) 382
II. Grundrechtliche Schutzpflicht gegenüber ausländischer Hoheitsgewalt 385
1. Theoretisierung der Grundrechtsbindung 385
2. Die Grundrechte bei der zwischenstaatlichen Koordination und Kooperation in Zivil-, Straf-, und Verwaltungssachen. 389
a) Internationales Kollisionsrecht 390
b) Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen. 392
aa) Entscheidungsinhalt 393
bb) Erkenntnisverfahren. 393
c) Auslieferung, Ausweisung und Abschiebung 394
aa) Schutzstandards und Schutzpflichten 394
bb) Konkretisierung durch die EMRK. 399
cc) Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft 401
d) Die Verantwortung für den Schutz der Grundrechte und die Beurteilungsspielräume von Regierung und Gesetzgeber 401
3. Zusammenfassung 403

III. Extraterritoriale Grundrechtsbindung der deutschen Staatsgewalt . . . 404
1. Problematik der extraterritorialen Grundrechtsbindung 404
2. Die Entscheidung des Grundgesetzes im Rechtsvergleich. 405
a) Bindung an die Grundrechte des Grundgesetzes 405
b) Internationale Menschenrechtsinstrumente 408
aa) UN Pakte. 408
bb) EMRK 408
3. Extraterritoriale Gesetzgebung 413
4. Grundrechte und humanitäres Völkerrecht. 414
a) Humanitäres Völkerrecht 414
b) Das Verhältnis der Grundrechte zum humanitären Völkerrecht, insbesondere beim sog. *nation-building* 418
c) Die kriegsrechtlichen Befugnisse des Staates gegenüber den eigenen Staatsangehörigen. 422
IV. Zusammenfassung 423

2. Kapitel: Die Ergänzung des Grundgesetzes durch die Europäische Menschenrechtskonvention 426

I. Schutzgehalte der Europäischen Menschenrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokolle 427
II. Der verfassungsrechtliche Rahmen für die Europäische Menschenrechtskonvention 442
1. Innerstaatlicher Vollzug der EMRK und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Deutschland . . . 442
2. Der kooperative Rechtsschutz für die Gewährleistungen der EMRK durch Bundesverfassungsgericht und Europäischen Menschenrechtsgerichtshof 445
III. Resümee 449

3. Kapitel: Grundrechtsschutz in Integrationssystemen 451

I. Die Grundrechtsordnung der EU 451
1. Die Allgemeinen Rechtsgrundsätze – Grundrechtsschutz in der Europäischen Union nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs 452
2. Die EU-Grundrechtecharta 457
a) Rechte und Grundsätze der Charta 458
b) Adressaten der Charta-Rechte und Grundsätze 461
c) Die Quellen der Charta 463
II. Die Anforderungen des Grundgesetzes an den Grundrechtsschutz in Integrationssystemen 464

1. Der Grundrechtsstandard des Art. 23 Abs. 1 Satz 1, Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG für die europäische Integration 464
2. Elemente des Grundrechtsstandards 465

III. Bindung der deutschen Staatsgewalt an den Standard der Art. 23 Abs. 1 Satz 1, Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG 467
1. Die Bindung der Vertragsfunktion: Vom Richterrecht zur EU-Charta der Grundrechte 467
2. Die Bindung beim Handeln in den Organen der Union 468
3. Die Bindung an die Grundrechte des Grundgesetzes im Anwendungsbereich des Unionsrechts 469

IV. Der dreipolige kooperative Rechtsschutz für die Grundrechte in der Europäischen Union 470
1. Die Kontrolle des Integrationsvertrags durch das Bundesverfassungsgericht. 471
2. Die gestufte Kontrolle des europäischen Sekundärrechts durch deutsche Fachgerichte, das Bundesverfassungsgericht und Europäischen Gerichtshof 472
a) Die vorläufige Entscheidungskompetenz deutscher Fachgerichte und des Bundesverfassungsgerichts 473
aa) Die fachgerichtliche Inzidentkontrolle, die fachgerichtlichen Vorlagepflichten und ihre Durchsetzung gem. Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG. 473
bb) Integration der EU-Grundrechtecharta in die Grundrechte des Grundgesetzes. 474
cc) Inzidentkontrolle bei der Prüfung deutscher Durchführungsakte 475
dd) Vorlagepflicht des Bundesverfassungsgerichts?. 475
b) Der Europäische Gerichtshof als Grundrechtsgerichtshof. 476
c) Die Kontrolle der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs am Maßstab des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG durch das Bundesverfassungsgericht. 478
aa) Der grundrechtliche Maßstab des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG. . 479
bb) Prozessuale Umsetzung. 481
3. Die Kontrolle deutscher Durchführungsakte. 484
4. Subsidiärität des Rechtsschutzes 485
5. Die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 486
a) Die Kontrolle der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union 487
b) Die Kontrolle des europäischen Sekundärrechts und seiner mitgliedstaatlichen Durchführung 487
c) Das Verhältnis des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs zum Bundesverfassungsgericht 489

d) Ausblick: Die EMRK, der Europäische Menschenrechtsgerichtshof und die anderen supranationalen Organisationen . . . 489
6. Zusammenfassung 490
V. Der Grundrechtsschutz gegenüber den Vereinten Nationen 492

4. Zwischenergebnis 494

7. Teil: Das Außenverfassungsrecht des offenen Staates 499

I. Die verfassungspolitische Entscheidung für die Staatengemeinschaft . 499
II. Die Entwicklung des Außenverfassungsrechts 499
1. Auswärtige Rechtsetzung als Problem des Völkerrechts und des Verfassungsrechts 500
2. Das vierstufige Regelmodell: Die Rezeption von Völkerrecht im Verfassungsrecht, das innerstaatliche Entscheidungsverfahren, der Vollzug der auswärtigen Rechtsetzung und das Konfliktmanagement 500
3. Die Adaption des Regelmodells für Integrationssysteme 503
a) Die verfassungsautonome Modellierung von Integrationssystemen 503
b) Innerstaatliche Entscheidungsverfahren in Integrationssystemen 504
c) Kooperativer Rechtsschutz 505
4. Die Grundrechtspyramide 506
III. Die Anpassung der allgemeinen Verfassungsdogmatik 507
1. Die vertikale Gewaltenteilung 508
2. Die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes 508
a) Das Zusammenspiel von Gesetzesvorbehalt und Gesetzesvorrang 510
b) Die Zuweisung von Beurteilungsspielräumen und Ermessen im Bereich der auswärtigen Rechtsetzung 511
c) Entwicklung und Funktion von Mitgestaltungs-, Begleit- und Kontrollrechten des Parlaments 512
d) Gerichtliche Kontrollmaßstäbe und -zuständigkeiten 513
3. Legitimation durch verfassungsrechtliche Grundrechte und internationale Menschenrechte 514
4. Rechtsstaatlichkeit 514
5. Verfassungswandel durch Entscheidungen des verfassungsändernden Gesetzgebers und des Bundesverfassungsgerichts 515
IV. Die USA als externe Referenz 516
1. Methodische Überlegungen 516
2. Das Außenverfassungsrecht der USA 518
V. Der offene Staat und die Legitimation seiner Staatsgewalt: Innenverfassungsrecht und Außenverfassungsrecht 528

Anhang 1: Gesetz zur Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Bundestags und des Bundesrats in Angelegenheiten der Europäischen Union 531
Anhang 2: Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union 536

Literaturverzeichnis 543
Stichwortverzeichnis 565

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	Anderer Ansicht
a. a. O.	Am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
AB	Appellate Body der WTO/Rechtsmittelinstanz der WTO
ABlEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abg.	Abgeordnete(r)
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AdG	Archiv der Gegenwart (Z)
AG	Die Aktiengesellschaft (Z)
Alt.	Alternative
Am. J. Int'l L.	American Journal of International Law (Z)
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht (Z)
A/RES	General Assembly Resolution/Resolution der Generalversammlung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuslG	Ausländergesetz
AVR	Archiv des Völkerrechts (Z)
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BerDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Bd.	Band
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluß
Bf.	Beschwerdeführer(in)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGH(Z)	(Entscheidungen des) Bundesgerichtshof(s in Zivilsachen)
BK	Bonner Kommentar
British Yb Int'l L	British Yearbook of International Law (Z)
BReg	Bundesregierung
BRDrucks	Bundesratsdrucksache
BT	Bundestag
BTDrucks	Bundestagsdrucksache
BTPlenarprot	Bundestagsplenarprotokoll
Bull.	Bulletin der Bundesregierung
BVerfG(E)(K)	(Entscheidungen des) Bundesverfassungsgericht(s) (und seiner Kammern)
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG(E)	(Entscheidungen des) Bundesverwaltungsgericht(s)
Cal. L. Rev	California Law Review (Z)
cl.	Clause

Common Market L. Rev.	Common Market Law Review (Z)
ders./dies.	Derselbe/dieselbe(n)
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Z)
DR	Decisions and Reports (Entscheidungssammlung der früheren Europäischen Menschenrechtskommission)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Z)
ebd.	Ebenda
ed.	edited/editor/edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EP	Europäisches Parlament
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitschrift
European J. Int'l L.	European Journal of International Law (Z)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union
F.3d	Entscheidungen der US-Bundesberufungsgerichte, 3. Folge
FAO	Food and Agriculture Organisation
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fg	Festgabe
FlaggRG	Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und die Flaggenführung der Binnenschiffe
FS	Festschrift
(m.) Fn.	(mit) Fußnote
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Georgia J. Int'l & Comp. L.	Georgia Journal of International and Comparative Law (Z)
German Yb Int'l L	German Yearbook of International Law (Z)
GewArch	Gewerbearchiv (Z)
GG	Grundgesetz
gg.	Gegen
GO	Geschäftsordnung
ggf.	Gegebenenfalls
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GOBTag	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags
GOBReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GRC	Grundrechtecharta der EU
HLKO	Haager Landkriegsordnung
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben von
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HZÜ	Haager Zustellungsübereinkommen

ICJ (Rep.)	International Court of Justice (Reports)
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly (Z)
id.	idem
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials (Z)
ILR	International Law Reports
IMO	International Maritime Organisation
Indiana J. Global Legal Studies	Indiana Journal of Global Legal Studies (Z)
IO	International Organization (Z)
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPCC	International Panel on Climate Change
IPwsR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
ISAF	International Security Assistance Force (Afghanistan)
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
ISO	International Standardization Organisation
IStR	Internationales Steuerrecht (Z)
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i.V.m.	In Verbindung mit
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea
JÖR	Jahrbuch für öffentliches Recht (Z)
J. Conflict & Security L.	Journal of Conflict & Security Law (Z)
J. Legal Studies	Journal of Legal Studies (Z)
JZ	Juristenzeitung (Z)
Kap.	Kapitel
KritJ	Kritische Justiz (Z)
KritV	Kritische Vierteljahreszeitschrift (Z)
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	litera
Loyola L.A.L. Rev.	Loyola of Los Angeles Law Review (Z)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Max Planck Yb UN L	Max Planck Yearbook of United Nations Law (Z)
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review (Z)
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
Netherlands Int'l L. Rev.	Netherlands International Law Review (Z)
n.F.	neue Fassung
NGO	Non-governmental organization/Nichtregierungsorganisation
NJ	Neue Justiz (Z)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Z)
No.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Z)
N.Y.U.L. Rev.	New York University Law Review (Z)
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht (Z)
o.	oben
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development/Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
Ordo	Ordo (Z)

OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG(E)	(Entscheidungen der) Oberverwaltungsgericht(e)
ParlBG	Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz)
Pol.Sc.Q.	Political Science Quarterly (Z)
Para.	Paragraph
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags
RabelsZ	Rabels Zeitschrift (Z)
RdC	Recueil des Cours (Z)
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public (Z)
Rep.	Reports
Res.	Resolution
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Z)
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
(st.) Rspr.	(ständige) Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Satz oder Seite
sec.	section(s)
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht (Z)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz
S/RES	Security Council Resolution/Resolution des Sicherheitsrats
SRÜ	UN-Seerechtsübereinkommen
Stanford J. Int'l L.	Stanford Journal of International Law
Stanford L.J.	Stanford Law Journal (Z)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Z)
Suppl.	Supplement
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht (Z)
Texas L. Rev.	Texas Law Review (Z)
Tulane L. Rev.	Tulane Law Review (Z)
u.	unten
UA	Untersuchungsausschuß
UAbs.	Unterabsatz
u.a.	unter anderen/m
UC Davis L. Rev.	University of California at Davis Law Review
UCLA L. Rev.	University of California at Los Angeles Law Review (Z)
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review (Z)
ÜSPS	WTO-Übereinkommen über gesundheitliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
ÜTBT	WTO-Übereinkommen über Technische Handelshemmnisse
UN (Doc)	United Nations (Document)
Urt.	Urteil
U.S.	Entscheidungen des Supreme Court der USA
USVerf	US-amerikanische Bundesverfassung
v.	von, vom oder versus
Vanderbilt J. Transnational L.	Vanderbilt Journal of Transnational L (Z)

Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law (Z)
Va. L. Rev.	Virginia Law Review (Z)
VermG	Vermögensgesetz
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen (Z)
vol.	volume
VV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WbG	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags
WDO	Wehrdienstordnung
WHO	World Health Organisation
WP	Wahlperiode
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WTO	World Trade Organisation
Yale L.J.	Yale Law Journal (Z)
Yb	Yearbook
(Z)	Zeitschrift
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Z)
z. B.	Zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht (Z)
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen (Z)
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Z)
ZSchR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht (Z)